

Nur noch getestet ins Leben?

20.09.2012 | 18:13 | SUSANNE KUMMER (Die Presse)

Der zivilgesellschaftliche Preis einer Liberalisierung der umstrittenen Präimplantationsdiagnostik – PID – wäre hoch.

Die Debatte darüber, welche Techniken für ein qualitätsgesichertes Wunschbaby in Österreich künftig erlaubt sein sollen, hat viele Facetten. Doch statt dass Österreich aus Fehlern anderer Länder lernt, glauben oberste Entscheidungsträger jetzt, mit 20 Jahren Verspätung, die Irrtümer nachholen zu müssen.

Die Argumente der Befürworter einer Liberalisierung sind bekannt. Der umstrittene Gencheck an Embryonen im Reagenzglas, die Präimplantationsdiagnostik (PID), soll Eltern, die sich ein Kind wünschen bzw. auch Frauen ohne Partner oder lesbische Paare in ihrer Autonomie stärken. Es sei ihre ganz persönliche Entscheidung, ob sie aus einer Zahl von zuvor mehreren hergestellten Embryonen jene aussortieren lassen wollen, die möglicherweise problematisch sind, weil mit einem Risikogen bzw. möglichen Krankheiten aufgrund von Chromosomenanomalien behaftet.

Ein gesundes Kind soll es sein – das ist ein verständlicher Wunsch. Doch wie hoch darf der Preis sein? Wer darf dann noch ungetestet ins Leben? Die PID soll außerdem nach mehreren erfolglosen IVF-Versuchen erlaubt werden, um so die Schwangerschaftsraten zu erhöhen. Eine ganz persönliche Entscheidung. Eine Entlastung statt einer Belastung. Klingt wohlfeil. Allein: Die wissenschaftlichen Daten sprechen längst eine andere Sprache.

PID verspricht keinen Erfolg

Vier von fünf ungewollt kinderlosen Frauen, die sich einer künstlichen Befruchtung unterziehen, bleiben auch nach mehreren belastenden IVF-Versuchen kinderlos. Die sogenannte Baby-Take-Home-Rate liegt bei niedrigen 15 bis 20 Prozent – auch dann, wenn die PID durchgeführt wurde, die also auch keinen Erfolg verspricht. Das sagt jedenfalls die Europäische Gesellschaft für Humanreproduktion und Embryologie.

Branchenintern wurde deshalb die Kritik daran lauter, dass offenbar trotz fundierter wissenschaftlicher Erkenntnisse das PID-Screening wider besseres Wissen routinemäßig im klinischen Umfeld eingesetzt wird. Kommerzielle Erwägungen, heißt es, spielten darin eine nicht unbedeutende Rolle.

Auch der Markt des Eizellenhandels, der Leihmutterschaft (die kommen muss, sobald das erste Homo-Männerpaar auf Gleichberechtigung pocht und via Eizellenspende und Leihmutter eben auch zu einem Kind kommen will) wird in Österreich Einzug halten.

Wer erzählt von den Selbsthilfegruppen leidgeprüfter Kinder von unbekanntem Pipettenvätern und Leihzellmüttern – auf der Suche nach ihrer genetischen Identität? Von gesundheitlichen Schäden nach hormoneller Überstimulation von Frauen zwecks Abernten von Eizellen? Von genetisch maßgeschneiderten Retortenbabys, die als lebendes Ersatzteillager dienen?

Der zivilgesellschaftliche Preis, der aus den Liberalisierungsempfehlungen folgt, ist hoch. Es zählt zu den fundamentalen Schutzpflichten des Staates, schon die Erzeugung von Embryonen zu verbieten, die in diskriminierender Weise „aussortiert“ werden sollen. Wer dieses Prinzip zugunsten einer fragwürdigen Eugenik aufgibt, unterhöhlt die Grundlagen der Demokratie.

Österreich hätte die Chance, ein Vorzeigeland sauberer ethischer Standards zu werden, indem es aus den Fehlern anderer lernt – statt diese plump nachzuahmen

Mag. Susanne Kummer ist Ethikerin und stv. Geschäftsführerin von IMABE – Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik in Wien.